

auf. In ihr steht auch die Theologie beständig. Sie kann nicht auf ihre Kirchlichkeit verzichten, die nicht bloß abstrakte sein kann, sondern notwendigerweise konkret werden muß. Sie hat sich aber auch mit der modernen Welt in all ihren Facetten zu konfrontieren, muß sich an ihr reiben, von ihr lernen und sie kritisieren. Daß all dies nicht immer in reiner Harmonie – weder mit der Welt noch mit Kirche – vor sich gehen kann, versteht sich beinahe von selbst. Ein wesentlicher Beitrag zur Verminderung innerkirchlicher Reibungsverluste dürfte aber eine Verstärkung der Subsidiarität innerhalb der kirchlichen Struktur sein. Die wäre übrigens auch ein Beitrag zur zeugnishaften Verkörperung vertretener theologischer Theorie. Denn eine subsidiär-solidarische Kirche könnte durchaus Vorbildfunktion für gerechte Strukturen der Kooperation angesichts dessen, was als Globalisierung bezeichnet wird, sein.

Das Verhältnis zwischen Kirche (auch hierarchischer Kirche) und Theologie weist also eine Analogie zum Verhältnis zwischen Wissenschaft und Theologie auf. Jeweils wird einer der beiden Partner im Gespräch durch den anderen bereichert, ja, ist jeder auf den anderen angewiesen. Akademische Theologie ist Teil des wissenschaftlichen Diskurses und kann sich außerhalb dessen nicht als das bewähren, was sie ist: redliche denkerische Rechenschaft des Glaubens. Besonders der Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften, aber

letztlich auch der Naturwissenschaft kann seinerseits nicht wirklich auf Orientierungswissen verzichten, das eine Zusammenordnung der vielen einzelwissenschaftlichen Erkenntnisse ermöglicht. Theologie bietet ein solches Orientierungswissen an.

Auch kirchliche Eingebundenheit ist für Theologie unverzichtbar. Ohne sie verliert sie nicht nur den legitimierenden Rahmen, sondern auch eine wesentliche Erkenntnisquelle, ihr Bewährungsfeld und ihre Identität. Andererseits kann aber auch Kirche nicht ohne Theologie auskommen. Denn die Reflexion des eigenen Glaubens und die Konfrontation seiner Gehalte mit den realen Gegebenheiten einer Welt, in der er sich bewähren muß, bedürfen eines Feldes experimentellen und freien Denkens, bedürfen der Kompetenz und einer gewissen Infrastruktur. Für eine weltoffene Kirche dürfte eine Theologie, die in regem Austausch mit anderen Wissenschaften bleibt, also tatsächlich eine Notwendigkeit sein. Diese Theologie lebt in und aus einer konkreten Kirche. Ob die plurale Gesellschaft diese Theologie auch als Bereicherung im bunten Strauß der Wissenschaften sehen will, den sie sich leistet, muß ihr selbst und ihren Entscheidungsgängen überlassen bleiben, das Angebot jedenfalls besteht, und ich hoffe, es gelingt uns immer mehr, auch gute Gründe dafür zu vermitteln, es anzunehmen.

Wilhelm Guggenberger

Weder gläubig noch atheistisch

Zur religiösen Situation in Rußland

Auch im nachsowjetischen Rußland wachsen die Bäume der Kirche nicht in den Himmel. Zwar genießt die orthodoxe Kirche in der Bevölkerung beträchtliches Ansehen, wird sie als Hüterin des nationalen Erbes geschätzt. Aber die Mehrzahl der Menschen bewegt sich offensichtlich in einem weltanschaulichen Niemandsland zwischen Atheismus und fester kirchlich-religiöser Bindung.

Ende 1987 wurde in der damaligen Sowjetunion die Verfolgung der Religionsgemeinschaften eingestellt. 1990 gewährte das neue Religionsgesetz allgemeine Glaubensfreiheit für alle Religionsgemeinschaften und religiösen Sondergemeinschaften. Der Tourist sieht restaurierte und wieder geöffnete Kirchen; die von Stalin gesprengte Christus-Erlöser-Kirche ist wieder errichtet. Man kann die Bibel kaufen, an hohen christlichen Feiertagen Prozessionen auf den Straßen sehen. Zeitungsfotos zeigen Präsident Jelzin mit einer Kerze in der Hand beim orthodoxen Gottesdienst. Selbst ermordete Mafiabosse werden von orthodoxen Priestern zu Grabe getragen.

1993 schrieb Ludmila Woronzowa vom Museum Sergej Posad (zur Sowjetzeit „Sagorsk“): „Bis zum Jahre 1985 wurden in unserem Land Prognosen gebastelt, wann die Reli-

gion verschwunden ist. Jetzt werden Vermutungen geäußert, wann der Unglaube verschwindet.“ (Religion und Demokratie, Bd. II, Moskau 1993.) Man sprach von einer „zweiten Taufe Rußlands“. Als L. Woronzowa über die „Vermutungen“ eines Verschwindens des Unglaubens schrieb, war allerdings bereits erkennbar, daß es nicht einfach ein Prozeß des Wechsels von Unglaube zu Glaube war, sondern ein verwirrendes Gemenge von Unglauben, Halbglaben und Glauben die religiöse Situation kennzeichnete.

Gorbatschow hatte die Glaubensverfolgung nicht deswegen eingestellt, weil er besondere Sympathien für die Religion empfand. Er brauchte ganz einfach die Mitarbeit aller gläubigen Menschen für seine Perestroika. Ein weiterer Grund für die Beendigung der Religionsverfolgung war sicherlich der erschreckende *Verfall der Moral*. Die Sowjetbürger wa-

ren nicht etwa zu begeisterten „Sowjetmenschen“ geworden, die selbstlos und ehrlich für den Sozialismus arbeiteten. Um zu überleben, hatten sie gelernt zu lügen, zu fälschen, sozialistisches Eigentum zu stehlen. Ein Unrechtsempfinden hatten sie nicht mehr. Mit solchen Menschen ließ sich aber keine Perestroika verwirklichen. Seit Breschnew verkam die Nomenklatura immer mehr zu einer raffgierigen Clique.

Der „religiöse Boom“ der frühen neunziger Jahre

Als 1991 der damalige Premierminister der Russischen Föderation, *I. Silajew*, gefragt wurde, ob Rußland die Hilfe Gottes brauche, antwortete der Atheist, die Hilfe Gottes brauche Rußland nicht, aber die Hilfe der Kirchen, die alleine noch über sittliche Wertvorstellungen verfügten (Sobesednik Nr. 29/91). Eine Befragung in Moskau, die 1988 von amerikanischen und russischen Soziologen durchgeführt wurde, zeigte, daß nur zehn Prozent der Menschen an Gott glaubten. Von 1988 bis 1990 ereignete sich dann ein „Erdrutsch“. Im Jahre 1990 erreichte der Anteil der Gläubigen in Moskau insgesamt 29 Prozent, der Anteil der Atheisten 26 Prozent.

Eine große Anzahl von Bürgern begehrte die Taufe durch die orthodoxe Kirche. Eine Befragung im Jahre 1990, die die gesamte Sowjetunion betraf, errechnete, daß sich 52 Prozent der Bevölkerung des Landes als Nichtgläubige bezeichneten. 1986 hatte es in der Sowjetunion 6794 russisch-orthodoxe Gemeinden gegeben, 1990 waren es laut Informationszentrum des Moskauer Patriarchates rund 12 000.

Wie sich bald herausstellte, war bei den Taufbewerbern jedoch zumeist kein tief religiöses Begehren im Spiel – viele kannten nicht einmal das Glaubensbekenntnis. Es war zum einen eine Absage an den atheistischen Kommunismus und zum zweiten ein Bekenntnis zum orthodoxen Rußland. In jenen Jahren war es ganz einfach Mode, sich taufen zu lassen. Die kommunistische „Prawda“ (12.10.91) veröffentlichte eine bissige „Humoreske“ über diese Mode: In einer Lokomotivfabrik hat sich der Direktor taufen lassen und auf dem Fabrikgelände eine Kirche eingerichtet. Als der Minister für die Lokomotivindustrie anreist, ist dessen erste Frage: „Wie steht es bei ihnen mit der Kirche?“ Er rät dem Direktor, am Kircheneingang ein Plakat aufzuhängen „Religion für das Volk“ statt „Religion ist Opium für das Volk“.

Der „religiöse Boom“ blieb nicht auf die orthodoxe Kirche beschränkt, zumal ein Zustrom von Sekten aus dem Ausland kam. Die massenhafte Zuwendung zum Islam in den Republiken der zerfallenden Sowjetunion wurde von den neuen – bzw. zumeist alten – Machthabern kräftig gefördert, im Rückgriff auf die eigene Geschichte und zur Schaffung eines Nationalbewußtseins.

1992 veröffentlichten *S. Furmann* und *S. Filatow* in der Moskauer Zeitschrift „Soziologische Forschungen“ (Nr. 7/92) eine Auswertung von zwei Befragungen in der Russischen Föderation in den Jahren 1990 und 1991 (sie beschränkte

sich auf die russische Bevölkerung). Das Ergebnis dieser Befragungen war, daß der „religiöse Boom“ 1991 seinen Höhepunkt überschritten hatte, daß die orthodoxe Kirche Konkurrenz bekommen hatte, daß das religiöse Bewußtsein ausgesprochen diffus war. Es heißt u. a., es falle sogar schwer, dieses „religiös“ zu nennen.

Dem Moskauer Patriarchat konnte diese Situation nicht verborgen bleiben. Hinzu kam, daß in den neunziger Jahren weitere Sekten aus dem Ausland Fuß faßten und zahlreiche Anhänger gewinnen konnten. Bereits 1993 und dann 1994 machte die Duma – tatkräftig unterstützt durch das Patriarchat – den Versuch, das bestehende Religionsgesetz abzuändern. Verkürzt man die Zielsetzung dieser Versuche, so ging es darum, dem Moskauer Patriarchat eine Vorrangstellung zu verschaffen und vor allem eine rechtliche Handhabe gegen die neuen Sekten zu bekommen.

Beide Versuche scheiterten daran, daß der Präsident die Gesetze nicht unterzeichnete. Der jüngste Versuch im Jahre 1997 ist im zweiten Anlauf geglückt, nachdem dem ersten Gesetzesentwurf von Jelzin wiederum die Unterschrift verweigert worden war (vgl. HK, September 1997, 446 ff.). Der überarbeitete zweite Entwurf wurde von Jelzin dann aber unterzeichnet. Die Überarbeitung war allerdings mehr oder weniger kosmetisch. Es wurde in der Präambel nun nicht nur die Orthodoxie genannt, sondern das Christentum insgesamt neben „Islam, Buddhismus, Judentum und anderen Religionen“. Beibehalten wurde die Regelung, daß nur jene religiösen Gruppierungen, die seit mehr als 15 Jahren in Rußland registriert sind, volle Betätigungsfreiheit haben.

In der „Iswestija“ (20.9.97) konnte man u. a. lesen: „Bei der Annahme des neuen Gesetzes über die Gewissensfreiheit zeigten die Anführer der Fraktion der KPRF (Kommunisten) besondere Aktivität. Die Abgeordnete *Galina Starowoitowa* meint, daß eine „Übereinkunft zwischen KPRF und einem Teil der Hierarchen der Russisch-Orthodoxen Kirche offenkundig ist.“ Diese Vermutung ist zwar nicht beweisbar, aber eines zeigt das neue Gesetz: Daß die Interessen der Russisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchates Vorrang haben.

Die orthodoxe Kirche im Zarenreich und heute

Stellt man die Argumente des Moskauer Patriarchates zusammen, so ergeben sich insgesamt drei. Das erste Argument lautet, daß die orthodoxe Kirche ein untrennbarer Bestandteil des historischen, spirituellen und kulturellen Erbes Rußlands sei, ihr also eine Sonderstellung zukommen müsse. Das zweite bezieht sich auf die breite Zustimmung in der Bevölkerung, die der orthodoxen Kirche mehr Vertrauen schenke als anderen Institutionen. Als Jelzin die Unterschrift unter die erste Fassung verweigerte, äußerte das Moskauer Patriarchat Bedauern, da es annahm, „daß dieser Schritt des Präsidenten zu Spannungen zwischen den Machtorganen und der Mehrheit des Volkes führen könnte“ (Fern-

sehen NTW, Mokau 24.7.97). Das dritte Argument bezieht sich darauf, daß die orthodoxe Kirche unter allen Religionsgemeinschaften die größte Anzahl von Gläubigen habe.

Es ist unbestreitbar, daß die orthodoxe Kirche untrennbar verbunden ist mit der Geschichte des russischen Staates. Ob das Moskauer Patriarchat sich als alleiniger Erbe – neben den anderen orthodoxen Kirchen – ansehen darf, steht auf einem anderen Blatt. Daß es über Jahrhunderte hinweg eine Säule der Zarenherrschaft war, daß das Moskauer Patriarchat über Jahrzehnte hinweg mit dem Sowjetregime kollaborierte, darf man in diesem Zusammenhang nicht übergehen.

Es ist heute in Rußland üblich, auf die Zeit vor der Revolution zurückzugreifen, um dort Vorbilder für die eigene Entwicklung zu finden. Auch in der Russisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchates ist das üblich. Ein solcher Rückgriff kann sicherlich nützlich sein, nur darf man dabei nicht von der Vorstellung ausgehen, damals sei in der Kirche alles in Ordnung gewesen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Russisch-Orthodoxe Kirche in einem beklagenswerten Zustand. Sie war ein Instrument des Zaren, gleichzeitig die Staatskirche. Erst ab 1905 konnte z. B. ein orthodoxer Christ sich einer anderen Konfession zuwenden.

Viele Intellektuelle waren Agnostiker oder Atheisten. 1881 schrieb *W. Solowjow* in seinem Artikel „Von der geistlichen Macht in Rußland“: „Die offenbare Ohnmacht des geistlichen Standes, der keine allgemein anerkannt sittliche Autorität und soziale Bedeutung besitzt, seine stumme Unterordnung unter die weltliche Macht, die Entfremdung der Geistlichkeit vom übrigen Volk..., die religiöse Unwissenheit und Ohnmacht des orthodoxen Volkes, die zahlreichen Sektierern Raum gibt, die Gleichgültigkeit oder auch Feindschaft gegenüber dem Christentum in der gebildeten Gesellschaft – das ist die gegenwärtige Lage der russischen Kirche.“ Die dringend notwendige Reform wurde versucht, aber verhindert. Auch wenn die Bolschewiki nicht an die Macht gekommen wären, hätte die orthodoxe Kirche viele ihrer Mitglieder verloren.

Diejenigen Vertreter des Moskauer Patriarchates, die an die Zeit vor der Revolution anknüpfen wollen, greifen leider öfters daneben. Ein Moskauer Professor erklärte mir z. B., das Problem des Ökumenismus sei ganz einfach zu lösen. Wenn ein Russe zu einem katholischen Priester komme, um getauft zu werden, solle dieser ihn zur orthodoxen Gemeinde schicken. Wenn ein Pole zu einem orthodoxen Priester komme, solle der ihn zur katholischen Gemeinde schicken usw.

GLAUBENSZEUGEN

Rudolf Stertenbrink



**Neuer Tag –
neues Leben**
Edith Stein –
ihr Leben, ihre Botschaft
für heute
Knecht

Dieses komprimierte Porträt über die konvertierte Jüdin, Philosophin und Karmeliterin beeindruckt, weil es dem Leser den Weg weist, wie er aus diesem Leben für sich selbst schöpfen kann.

76 Seiten
DM 19,80/sFr 19,-/
öS 145,-
ISBN 3-7820-0772-7

VERLAG
JOSEF KNECHT



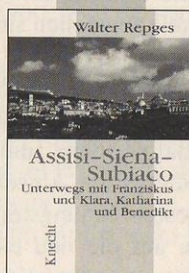
FRANKFURT
AM MAIN

RELIGIÖSE REISELESEBÜCHER



Das etwas andere REISELESEBUCH geht den biographischen und geographischen Spuren in Spanien nach, die von den drei Mystikern gezogen wurden: Ignatius von Loyola, Teresa von Avila und Johannes vom Kreuz.

208 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Paperback
DM 32,-/sFr 30,-/
öS 234,-
ISBN 3-7820-0747-6



Unterwegs mit Franziskus und Clara, Katharina und Benedikt vermittelt der Autor einen ganz anderen Eindruck von Landschaften und Orten, als es aneinandergereihte Sachinformationen oder eine Flut von Bildern je leisten könnten.

194 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Paperback
DM 34,-/sFr 31,50/
öS 248,-
ISBN 3-7820-0765-4



Wer sich diesem REISELESEBUCH anvertraut, gewinnt einen nicht alltäglichen Einblick in die griechische Landschaft, der Religion, Kunst und Kultur.

244 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Paperback
DM 34,-/sFr 31,50/
öS 248,-
ISBN 3-7820-0768-9

VERLAG
JOSEF KNECHT



FRANKFURT
AM MAIN

Die verhängnisvolle Zusammenarbeit des Moskauer Patriarchates mit dem Sowjetregime hätte eigentlich der Kirche sehr schaden müssen. Aber die Archive hierüber waren nur beschränkte Zeit geöffnet, und das Thema verschwand aus der Diskussion. Mit dem Verfall des Marxismus-Leninismus und der Zunahme nationalpatriotischer (auch chauvinistischer) Bewegungen wuchs das Ansehen des Moskauer Patriarchates. Die Machthaber suchten Unterstützung bei der Kirche. Das Patriarchat wiederum suchte Rückhalt bei den Machthabern. Die Militärseelsorge wurde ihm anvertraut.

Die Kirche genießt in der Bevölkerung am meisten Vertrauen

In diesen Zusammenhang gehören auch die Vorwürfe, die katholische Kirche betreibe „Proselytismus“. Der „Ökumenismus“ gilt inzwischen in weiten Kreisen der Orthodoxie als Häresie. 1995 erschien in Moskau das Buch „Die Dornenkrone Rußlands“ von O. Platonow. Es ist dem 1995 verstorbenen Metropoliten Ioann von St. Petersburg gewidmet, einem üblen Chauvinisten. Er hat diesem Buch seinen Segen gegeben. Platonow behauptet in seinem Buch, daß der Ökumenismus – für ihn eine „satanische Bewegung“ – von Freimaurern ins Leben gerufen wurde. Er schreibt u. a.: „Die Forscher stellen zu Recht fest, daß der Ökumenismus vor allem gegen die orthodoxe Kirche gerichtet war, den einzigen wahren Glauben, da die übrigen christlichen Konfessionen von der Rechtgläubigkeit abgefallen sind und die christliche Reinheit verloren haben“ (S. 372).

Parteien haben ihre Sympathie für das Moskauer Patriarchat erklärt, auch Kommunistenführer *Sjuganow*. Gemeinsam ist Kommunisten, Nationalpatrioten und einem erheblichen Teil des orthodoxen Klerus die Abwehr von verderblichen Einflüssen aus dem Westen. In jüngster Zeit wandte sich das Augenmerk vor allem auf die neu eindringenden Sekten; man sprach von „schrittweiser geistiger Kolonisierung des russischen Volkes“.

1966 hat Ministerpräsident *Tschernomyrdin*, von dem niemals bekannt wurde, daß er Christ sei, in seinem Heimatort eine Kirche des Heiligen Johannes gestiftet. 1997 hat der Fonds Gorbatschow 25 Millionen Rubel für den Bau einer Kirche im Heimatort *Gorbatschows* gestiftet. Gorbatschow ist nicht gläubig. Präsident *Jelzin* läßt kaum eine Gelegenheit aus, um zusammen mit Patriarch *Alexej II.* in der Öffentlichkeit aufzutreten. Wie dem Fachorgan „Journalist“ (Nr. 8/97) zu entnehmen ist, wurde in den Kreml-Appartements des Präsidenten ein Gebetsraum eingerichtet.

Der orthodoxe Kunsthistoriker und Theologe A. *Danilow* schreibt (in: G2 W. Nr. 5/97): „Nach Angaben des Russischen Zentrums zur Erforschung der gesellschaftlichen Meinung (WZIOM) Mitte 1995 ist angesichts fehlenden Vertrauens zu allen anderen Institutionen die Russische Kirche – trotz mancher Kritik – die in der Gesellschaft am meisten geachtete Institution, höher eingeschätzt als der Präsident,

Parlament und Armee. Ein großer Teil der Bevölkerung sieht den Ausweg aus der ökonomischen und politischen Krise Rußlands wie auch eine Wiederbelebung der Nation allein im Schoße der orthodoxen Kirche...“

Die Zeitschrift „Wostok“ bezieht sich ebenfalls auf eine Umfrage des WZIOM (Nr. 3/97) zum Thema, wem die russische Bevölkerung am meisten vertraut. Sie gab folgende Zahlen an: Der orthodoxen Kirche vertrauen voll 40 Prozent, 27 Prozent mißtrauen ihr. Auf Platz 2 folgten die Streitkräfte. Ihnen vertrauen 30 Prozent, mißtrauen 47 Prozent. Auf Platz 3 rangieren die Massenmedien. Ihnen vertrauen 19 Prozent, mißtrauen 53 Prozent. Der Bericht endet mit dem Satz: „Generell auffällig ist, daß außer der Russisch-Orthodoxen Kirche keine Institution mehr Vertrauen als Mißtrauen bei der Bevölkerung genießt.“

Wendet man dieses Ergebnis nun auf die Frage an, ob den Orthodoxen irgendwelche gesetzlichen Vorteile gegenüber Atheisten oder Gläubigen anderer Konfessionen eingeräumt werden sollen, so verschiebt sich das Bild – jedenfalls im Vergleich zur Haltung des Patriarchates. Die Agentur INTERFAX gab (8.8.97) das Ergebnis einer Umfrage durch das WZIOM bekannt: 49 Prozent der befragten russischen Bürger sind demnach nicht damit einverstanden, daß den Orthodoxen Vorteile eingeräumt werden sollen. 27 Prozent vertreten hingegen den Standpunkt, daß man den Orthodoxen in Rußland einen höheren Status im Vergleich zu anderen Konfessionen einräumen solle.

Interessant ist im Gesamtzusammenhang die Frage, ob die orthodoxe Kirche in den letzten Jahren zur Hebung der Moral beigetragen hat. Sie wird bestenfalls am Rande diskutiert, etwa bei Berichten über Besuche orthodoxer Priester und Gottesdiensten in Haftanstalten. Das „Krododil“ (Nr. 2/96) veröffentlichte eine Karikatur, die einen orthodoxen Beichtvater zeigt, der zu einem Mann sagt: „Denke an das Gebot ‚Du sollst nicht stehlen‘“. Der antwortet ihm: „Väterchen, das kann ich nicht. Das ist doch mein Beruf.“

Nur unzuverlässige Zahlenangaben über die Religionsgemeinschaften

Erschreckende Zahlen zeigen, daß nicht nur Bandenkriminalität das Leben in Rußland kennzeichnet. „Moskowskie nowosti“ (Nr. 44/97) verwies auf Pressemeldungen, wonach im Verlaufe eines Jahres 16 000 Frauen umgebracht würden und kommentierte: „Sie kommen nicht etwa durch die Mafia, gedungene Killer oder Terroristen ums Leben. Die Frauen kommen hauptsächlich in Familienauseinandersetzungen ums Leben, die sich im betrunkenen Zustand abspielten.“ Im Jahre 1919 prangerte der Zeichner *Tscherebynch* in einer Hetzzeichnung die Kirche an, sie sei an der Mißhandlung der Frauen durch ihre Männer schuld. Sie stellte einen Mann dar, der gerade dabei ist, seine Frau zu verprügeln; im Hintergrund sieht man einen Priester, der ihn dazu ermuntert. Die Situation ist heute anders; die Kirche

kann offensichtlich Verfehlungen wie die Mißhandlungen von Frauen nicht verhindern.

Zahlenangaben aus der Sowjetunion und Rußland waren immer schon ungenau oder absichtlich verfälscht. Gefälscht wurde sowohl „von unten“ als auch „von oben“. Die einen wollten durch überhöhte Angaben über Leistungen die Auszahlung von Prämien erreichen. Die „da oben“ wollten durch überhöhte Angaben die Richtigkeit des Wirtschaftssystems beweisen, bzw. die Richtigkeit der Ideologie, wenn möglichst niedrige Angaben über die Gläubigen gemacht wurden.

Ganz allgemein – nicht nur in Rußland bzw. der Sowjetunion – sind Zahlenangaben über die Gläubigen ungenau. Dieses Problem betrifft natürlich nicht nur die Christen. So unterscheidet die Wissenschaft z. B. zwischen „Kulturislam“ und „Glaubensislam“. Die Anzahl der Muslime in einem Land wird oft durch die Zusammenzählung von Völkerschaften errechnet, die von der Geschichte und Kultur her zur Welt des Islams gerechnet werden können. Nicht nur in Rußland und den ehemaligen „muslimischen“ Sowjetrepubliken trifft man überall auf Personen, die sich zwar als Muslime bezeichnen, aber nicht an Allah glauben.

1897 wurde im Zarenreich eine Volkszählung durchgeführt. Glaubt man den Zahlen, so gab es damals unter den 128,24 Millionen Bürgern keinen einzigen Nichtgläubigen, knapp 70 Prozent sollen orthodoxe Christen gewesen sein. Eine Volkszählung in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion stellte fest, daß mehr als die Hälfte der Bürger sich als gläubig bezeichneten. Sie wurde für ungültig erklärt und wiederholt. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kamen aus der Sowjetunion Zahlenangaben über die orthodoxe Kirche und andere Religionsgemeinschaften. Man wollte beweisen, daß in der Sowjetunion Glaubens- und Gewissensfreiheit herrscht. Nach Beginn der Verfolgung der Religionsgemeinschaften durch Chruschtschow (1958/59) wurden die Angaben wieder sehr spärlich.

Im November 1987 veröffentlichte die atheistische Zeitschrift „Nauka i religija“ (Wissenschaft und Leben; Nr. 11/87) ein Interview mit dem damaligen Leiter des staatlichen Amtes für die Religionsgemeinschaften, *K. Chartschew*. (Es leitete übrigens die Beendigung der Verfolgung ein.) Er gab an, daß in der Sowjetunion 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung gläubig seien. Ferner druckte die Zeitschrift eine Tabelle über die „Institutionen“ der Religionsgemeinschaften ab. Für die orthodoxe Kirche waren für 1961 11 742, für 1986 dann 6794 angegeben.

Danach wurden immer wieder Prozentangaben über die Zugehörigkeit zu den einzelnen Konfessionen veröffentlicht, die zumeist überhöht waren. Der erwähnte Artikel von Furman und Dilatow aus dem Jahre 1992 (Auszüge in deutscher Sprache in: Osteuropa-Archiv Nr. 2/1993) korrigierte die Angaben. Diese Korrektur ist heute allgemein anerkannt und die Befragungsergebnisse von WZIOM gelten als einigermaßen zuverlässig. Zweifel sind geblieben, wie man aus folgendem Zitat von *A. Malaschenko* (Christentum und Is-

lam in Rußland: Der Dialog beginnt erst. In: *Busineß und Politik* Nr. 1/97) entnehmen kann: „Nach Angaben soziologischer Befragungen und der persönlichen Meinung von anerkannten Spezialisten stellen die Gläubigen zwischen 20 und 80 Prozent der Bevölkerung von 148 Millionen. Nach Angaben aus dem von der Staatsduma erstellten Handbuch ‚Die religiösen Vereinigungen der Russischen Föderation‘ entfallen von den Gläubigen bis zu Dreiviertel auf die Orthodoxen.“ Zumeist geht man heute davon aus, daß sich 50 Prozent der Bevölkerung als Gläubige bezeichnen.

Der bereits erwähnte Furman veröffentlichte 1997 (In: *Freier Gedanke* Nr. 1/97) unter dem Titel „Erforschung der russischen Religiosität“ die Ergebnisse einer Untersuchung im Jahre 1996 durch Wissenschaftler der finnischen und der russischen Akademie der Wissenschaften. Daraus sind alle folgenden Angaben entnommen.

Es droht keine Rückkehr zum Bolschewismus

Einleitend korrigiert Furman die Behauptung aus der Sowjetzeit, daß der Atheismus „absolut“ beherrschend gewesen sei. Natürlich hätten sich in der Vergangenheit die meisten als Nichtgläubige bezeichnet. Eine Befragung von 18–28jährigen hätte jedoch erbracht, daß 17 Prozent ihren Vater, 43 Prozent ihre Mutter, 35 Prozent ihren Großvater und 66 Prozent ihre Großmutter als Gläubige bezeichnet haben. Furman geht davon aus, daß 47 Prozent derzeit angeben, sie glaubten an Gott. Von diesen Gläubigen glauben jedoch nur 38 Prozent an einen persönlichen Gott, 40 Prozent an eine „Lebenskraft“; 45 Prozent glauben an ein Weiterleben der Seele nach dem Tod und 20 Prozent an eine Auferstehung der Toten. 52 Prozent glauben an einen Himmel, 46 an eine Hölle und nur 49 Prozent meinen, daß das Leben einen Sinn hat, weil es einen Gott gibt. Ins Gotteshaus gehen nicht öfter als einmal im Monat sechs bis sieben Prozent.

Selbst unter jenen, die die Fragen „Glauben Sie an Gott?“, „Ist Gott für Sie eine Person?“, „Gehören Sie zur orthodoxen Kirche?“ bejaht haben, glauben nur 65 Prozent an ein Leben nach dem Tod, nur 44 Prozent an eine Auferstehung der Toten, hingegen 29 Prozent an die Astrologie und 41 Prozent an eine Seelenwanderung. Die Anzahl derjenigen, die sich als *Atheisten* bezeichnen, ist auf 6 Prozent gesunken. 54 Prozent bezeichnen sich als Nichtgläubige, wollen aber keine Atheisten sein. Ähnlich wie es unter den Gläubigen viele gibt, die im strengen Sinne nicht als solche bezeichnet werden dürften, gibt es unter den Atheisten zahlreiche mit eigenen Vorstellungen von der sichtbaren und unsichtbaren Welt. Furman kommt zu dem Urteil, daß die überwiegende Mehrheit der Russen weder Atheisten noch Gläubige seien.

Die Untersuchung hat sich ferner für das Verhältnis gegenüber Geschichte und Politik interessiert. Auf die Frage, ob man den Zerfall der Sowjetunion hätte verhindern können und müssen, antworteten zustimmend 57 Prozent der Athei-

sten und 68 Prozent der Gläubigen. Bei der Wahl zur Duma im Jahre 1996 haben – nach ihren Angaben – 37 Prozent der Atheisten und 25 Prozent der Gläubigen die KPRF (Kommunisten) unterstützt. Furman zieht daraus die Konsequenz, daß Rußland kein orthodoxer Fundamentalismus droht, aber auch keine Rückkehr zum Bolschewismus. Die Periode der religiösen Renaissance sei vorbei, es herrsche eine weltanschauliche Unbestimmtheit.

Der Historiker *J. Paschkowskij* hat die Ausführungen von Furman kommentiert (In: *Rossija i musulmanskij mir* Nr. 6/97): „Nach den Angaben der Soziologen sind 1,5 bis zwei Prozent der Russen praktizierende Orthodoxe. Aber in den Augen der Mehrheit der russischen Gesellschaft wird gerade die orthodoxe Kirche eng verbunden mit der kulturell-historischen Kontinuität Rußlands und dessen Geschick.“

Paul Roth

Ungelöster Konflikt

Bulgarien und seine orthodoxe Kirche

Der bulgarischen Politik ist 1997 nach einer tiefen Krise die Wende gelungen, als die Sozialisten durch die „Vereinigten Demokratischen Kräfte“ als Regierungspartei abgelöst wurden. Nach wie vor gespalten ist allerdings die orthodoxe Kirche des Landes, der über 80 Prozent der Bevölkerung angehören. Ein Ende des unerfreulichen Kirchenkonflikts ist nicht abzusehen.

Ob Bulgariens Staatspräsident *Petar Stojanow* das dritte Buch Mose vor Augen hatte, als er seinen Hohepriestern die Leviten las, sei dahingestellt. Der Unmut des Staatsoberhauptes über die verbohrtten obersten Streithähne in der orthodoxen Kirche seines Landes war jedenfalls nicht zu überhören: „Es ist ein Skandal, daß Bulgariens orthodoxe Kirche seit sieben Jahren unter einer Spaltung leidet“, klagte Stojanow bei einer Feier zum Gedenken an den 150. Geburtstag von Christo Botew. Der 1848 geborene Nationaldichter fiel 1875 als einer der Anführer im Befreiungskampf gegen die Türkenherrschaft. Unter dem damaligen türkischen Joch „ist der Klerus ins Gefängnis und oft auch in den Tod gegangen“, erinnerte der Präsident und setzte nach: „Heute verlangen wir ein kleineres Opfer von den obersten Würdenträgern unserer Kirche, nämlich daß sie von ihrem Posten zurücktreten.“

Die Kirche ist seit 1992 gespalten

Die Schelte des Staatsoberhauptes traf die Kirchenhierarchie am 7. Januar, an dem Bulgariens Orthodoxie nach julianischem Kalender Weihnachten feiert. Nach alter Tradition werden an diesem Tag bei einer Militärparade vor dem Denkmal des unbekanntes Soldaten in Sofia vom Patriarchen Armeefahnen gesegnet. Stojanow, zugleich Oberbefehlshaber des Heeres, sagte die Zeremonie heuer ab. Die Staatsverantwortlichen ließen sich von streitenden Bischöfen nicht in Geiselhaft nehmen, ließ er mitteilen. Generalstabschef *Miho Mihow* sekundierte, er wünsche nicht, daß

die Spaltung in der Kirche in das Volk und in die Armee getragen werden.

Was die Staatsrepräsentanten wohlweislich verschweigen, ist die Mitschuld der Politik an der Kluft, an der die bulgarische Orthodoxie seit 1991 leidet. Nach der politischen Wende in Bulgarien 1990 wurde auch die Forderung nach Reformen und einem Führungswechsel in der Kirche laut. Besonders Patriarch *Maksim* geriet unter Druck. Er kam 1971 auf den Patriarchenstuhl in Sofia, offiziell durch kirchliche Wahl, nach den Vorwürfen seiner Kritiker unter massiver Intervention der damaligen kommunistischen Machthaber.

1991 scharte der damals dienstälteste unter Bulgariens Bischöfen, Metropolit *Pimen* von Newrokop, reformorientierte Kräfte hinter sich. Sie drängten auf eine Ablöse Maksims, weil dieser Handlanger der Kommunisten gewesen sei. Nachdem sich der Patriarch den Rücktrittsaufforderungen strikt verschloß, suchte Pimen Schützenhilfe durch die Politik. Der damalige Regierungschef *Filip Dimitrow* von der „Union der Demokratischen Kräfte“ (SDS) erklärte im März 1992 per Verordnung die Einsetzung Patriarch Maksims von 1971 für ungültig.

Zwar hat der Verfassungsgerichtshof diesen Bescheid wieder aufgehoben, die damit begonnene Verquickung von politischem und innerkirchlichem Richtungsstreit hält aber bis heute an. Noch 1992 bildete Metropolit Pimen einen „Gegen-Synod“, dem sich unter seiner Führung drei weitere Metropoliten anschlossen: *Stefan* von Weliko-Tarnowo, *Pankratij* von Stara Sagora und *Kalinik* von Wratsa. Drei weitere Bischöfe sympathisierten mit dem Reformflügel. Jener Teil der Hierarchie, der Patriarch Maksim die Treue